

Bern

Kirche drohen Millionen wegzubrechen

Kritik an Zwangssteuer für Firmen Der Regierungsrat will die Folgen einer Abschaffung der Kirchensteuer für Unternehmen prüfen. Den treibenden Kräften geht es um die Trennung von Kirche und Staat.

Christoph Hämmann

Hartnäckig rütteln sogenannte Freidenker und andere Kirchenkritikerinnen an religiösen Institutionen. In einer Gesellschaft, in der sich immer mehr Menschen von der Landeskirche abwenden, läuft die Zeit tendenziell für die Kritiker. Entsprechend regelmässig lancieren sie ihre Angriffe.

Mit einem solchen konnte FDP-Grossrat Carlos Reinhard in der laufenden Session einen kleinen Erfolg feiern. Seine Forderung, dass juristische Personen die Kirchensteuer als freiwillige Abgabe leisten können, fand beim Regierungsrat Gehör. Dieser will die Folgen einer solchen Gesetzesänderung untersuchen, nachdem er vor gut vier Jahren einen praktisch gleichlautenden Vorstoss noch abgelehnt hatte.

Im Gegensatz zu natürlichen Personen, die mit einem Austritt von der Kirchensteuer befreit sind, ist diese für juristische Personen in Bern wie in 14 weiteren Kantonen obligatorisch. Im Kanton Bern erhoben die Kirchgemeinden 2021 von juristischen Personen Steuern im Umfang von 36,8 Millionen Franken.

Er stelle die Kirche nicht grundsätzlich infrage, sagt Reinhard. «Aber ich bin für die konsequente Trennung von Kirche und Staat, gerade in der heutigen Zeit, in der es immer weniger Gläubige und immer mehr Anhänger anderer Religionen gibt.» Mit der jüngsten Forderung wolle er zudem die Ungleichbehandlung zwischen natürlichen und juristischen Personen beenden.

Geld ohne Leistungsvertrag

Der ähnliche Vorstoss aus dem Jahr 2018 wurde nicht nur vom Regierungsrat, sondern mit 102 Nein- gegen 42 Ja-Stimmen (2 Enthaltungen) auch vom Parlament abgelehnt. Damals ging aus der Begründung der Motionärinnen und Motionäre etwas hervor, was nun auch für Reinhard's Motion gilt: Die Kritik richtet sich auch gegen das politische Enga-



Verantwortlich für den Angriff auf die Kirchensteuer juristischer Personen: FDP-Grossrat Carlos Reinhard in der Budgetdebatte. Foto: Raphael Moser

gement insbesondere der reformierten Kirche.

Die Kirchen äusserten sich «immer mehr zu wirtschafts-politischen Themen», heisst es in Reinhard's Vorstoss. Dabei würden sie sich «fast immer gegen die Interessen der juristischen Personen äussern», mitunter «mit teuren Kampagnen, die somit indirekt mit den Steuereinnahmen gerade dieser juristischen Personen mitfinanziert werden».

Auf Nachfrage spricht Reinhard ein weiteres Anliegen an: Anders als soziale Institutionen, die öffentliche Gelder erhielten, sei die Kirche weder an Leistungsverträge gebunden noch zu einer regelmässigen Berichterstattung verpflichtet. «Auch deshalb verlange ich eine saubere Auslegeordnung als Grund-

lage für eine Diskussion über die Finanzierung der Kirchen.»

Steuern mit Zweckbindung

Unter den 15 Kantonen mit einer Kirchensteuerpflicht für juristische Personen ist Bern einer von dreien, in denen die Pflicht mit einer Zweckbindung verknüpft ist. Bei einem deutlichen Rückgang der Erträge, wie er laut Regierungsrat bei einer Aufhebung der Steuerpflicht zu erwarten wäre, müsste die Kirche deshalb «beispielsweise die Angebote für Kinder und Jugendliche, Armutsbetroffene oder Betagte deutlich reduzieren».

Daran erinnert auch EVP-Grossrat Markus Wenger, der Reinhard's Vorstoss ablehnt: «Projekte, die mit der Kirchensteuer juristischer Personen finanziert werden, kommen der

ganzen Gesellschaft zugute und sind effizient organisiert.» Während Aufgaben wie Jugendarbeit oder Altenbetreuung normalerweise teuer seien, werde innerhalb der Kirche vieles ehrenamtlich geleistet.

Dennoch ist auch Wenger interessiert daran, wie genau und wie effizient die Kirchensteuern eingesetzt werden. Und er erinnert daran, dass es seine Partei war, die vor einigen Jahren einen Systemwechsel verlangte. Firmen sollten weiterhin eine Steuer für gemeinnützige Projekte entrichten, so die damalige Forderung, aber selber entscheiden können, wohin ihre Abgabe fliesst.

In der Vergangenheit verließen bei kirchenkritischen Vorstössen im Grosse Rat die Fronten quer durch fast alle Parteien. Der abgelehnte Vorstoss aus dem

Jahr 2018 wurde etwa auch von der FDP-Fraktion mehrheitlich verworfen – der heutige Fraktionschef Reinhard war aber schon damals dafür.

Zustimmung hätte er von den Jungfreisinnigen schon damals erfahren – und tut dies auch heute. «Höchste Zeit, dass Unternehmen von der Kirchensteuer befreit werden», kommentierte die Jungpartei die Antwort des Regierungsrats auf der Kurznachrichtenplattform X.

Tobias Frehner, Präsident der Kantonalpartei, doppelte gleichorts nach. «Eine grundlegende Diskussion über die Trennung von Kirche und Staat» sei nach den Schlagzeilen der letzten Monate dringend angezeigt. Und: «Sollen die Löhne der Pfarrer Pfarrpersonen wirklich mit Steuergeld bezahlt werden?»

Spitäler führen die Maske wieder ein

Steigende Corona-Zahlen Das Abwassermonitoring deutet auf eine grosse Zahl von Infektionen hin. Die Spitäler geben aber Entwarnung.

Viele Menschen liegen derzeit mit Fieber und Schnupfen im Bett. Auf Covid testen sich aber die wenigsten. Denn sämtliche Massnahmen zum Eindämmen der Pandemie sind aufgehoben. So husten Passagiere in Bus und Tram denn ganz ungeniert. Masken tragen nur noch ganz wenige. Denn die meisten empfinden eine Corona-Infektion heute nur noch als lästigen Schnupfen.

Was bedeutet das für ältere und kranke Menschen? Vor zwei Jahren rollte um diese Zeit gerade die Omikron-Welle an. Im April 2022 erreichte sie ihren Höhepunkt. Jetzt dürfte die Verbreitung des Virus ähnlich hoch sein wie damals. Dies legt zumindest das Abwassermonitoring nahe. Werden also bald die Spitäler wieder so voll sein, dass sie Operationen verschieben müssen?

Maskenpflicht in Spitälern

Eine Umfrage bei den Spitälern des Kantons Bern gibt Entwarnung. Zwar haben verschiedene Spitäler vor kurzem die Maskenpflicht im Haus wieder eingeführt, etwa das Spital Region Oberaargau in Langenthal oder das Spital Emmental mit Häusern in Burgdorf und Langnau. Doch die Situation scheint nicht dramatisch zu sein.

Sie stellten zwar einen Anstieg der Covid-Patienten und -Patientinnen fest, doch die Verläufe seien mild und die Betroffenen könnten das Spital bald wieder verlassen, melden etwa die Spitäler Emmental, Region Oberaargau und Hirslanden in Bern.

Welle flacht schon wieder ab

Bei den Oberländer FMI-Spitälern Frutigen und Interlaken würden die Zahlen derzeit sogar wieder etwas zurückgehen, sagt die Sprecherin Gabriela Vrecko. Nach einem Anstieg im November flache die Welle ab. Deshalb habe die Pandemiegruppe des Spitals darauf verzichtet, wieder eine Maskenpflicht einzuführen, und appelliere an die Mitarbeitenden und ambulanten Patienten, bei Erkältungssymptomen freiwillig eine Maske zu tragen.

Besuchende bitte man in diesem Fall, auf einen Besuch zu verzichten, sagt Vrecko. Vor allem sei die Situation nicht vergleichbar mit jener während der Pandemie. Derzeit seien keine Engpässe im Spital zu erwarten.

Booster für Risikogruppen

Die aktuell kursierenden Corona-Varianten seien nicht besonders gefährlich, sagte die Berner Kantonsärztin Barbara Grützmaier gegenüber Radio SRF. Seit November ist sie zudem Präsidentin der vereinigten Schweizer Kantonsärzte.

Trotz allem sei Covid nicht harmlos, sagte Grützmaier im Radio. Es stürben wieder Menschen daran. Und eine gefährlichere Virusvariante könne jederzeit auftauchen. Sie ruft deshalb insbesondere Menschen im Pensionsalter und andere Risikogruppen dazu auf, sich erneut impfen zu lassen.

Zudem können die Coronaviren Herz- und andere Folgeerkrankungen auslösen, etwa das Fatigue-Syndrom oder andere Symptome von Long Covid.

Naomi Jones

BE-Post

Aufgepasst, jetzt kommt die Nummer 122

Sehr geehrter Herr Bundesrat in spe

Seit 1848 sind in der Schweiz 121 Bundesräte und -rätinnen erkoren worden. Albert Rösti und Elisabeth Baume-Schneider waren die Nummern 120 und 121. Nun sind Sie als Nummer 122 an der Reihe. Sie ersetzen die Nummer 115.

Man weiss noch nicht, wie Sie heissen werden: sehr wahrscheinlich Jon Pult GR oder Beat Jans BS. Die kurzen Namen sind einprägsam und auch für Journalistinnen und Journalisten vorteilhaft. Man wird Sie viel besser als Baume-Schneider oder Keller-Sutter in einer Schlagzeile unterbringen können.

Die Kür geht am 13. Dezember vonstatten, wobei mit der Wiederwahl der Bisherigen begon-



nen wird. Sie müssen sich also etwas gedulden. Abweichungen vom Protokoll der SP werden nicht erwartet, sodass die Entscheidung zwischen Ihnen beiden fallen dürfte.

Vereinzelt gibt es Stimmen, die im höchsten Gremium der Schweiz gerne einen «Sibesiech, der wüsste, wie mans besser miech» sähen – auch wenn ein «Sibesiech» alles andere als pflegeleicht wäre.

Die Bezeichnung höchstes Gremium ist übrigens nicht

ganz korrekt; streng genommen ist der Zusatz «vollziehendes» erforderlich, denn die Vereinigte Bundesversammlung steht als Wahlorgan und Legislative über dem Bundesrat.

Für den Bundesrat braucht es die fähigsten Köpfe des Landes, nicht wahr? Früher war das ein Selbstläufer, weil die einfache Regel galt: «Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand.» Gilt dies nicht im gleichen Mass für den Souverän? Dieser hat ja Sie beide wiederholt an der Urne in kantonale und eidgenössische Ämter gewählt. Das ist eigentlich eine Verstandesgarantie.

Nichtsdestotrotz liebäugelt die SVP mit einem wilden Kandidaten: Einige «Aufrechter» möchten die Bundesratswürde Nr. 122 dem magyari-

schen Potentaten Orban I. antragen, dem man kürzlich bereits an einem Anlass der «Weltwoche» in Zürich huldigen durfte. Eine Personalunion wäre kein Problem, sagt ein in Staatsrecht bewandertes SVPLer zum Geheimplan. (Und ein SP-Parteibüchlein liesse sich zur Not auch beschaffen.)

Doch zurück zum wahrscheinlichen Szenario: In der alphabetischen Reihenfolge aller Bundesräte seit 1848 kämen Sie, Herr Pult, zwischen Giovanni Battista Pioda und Willi Ritschard zu liegen. Sie, Herr Jans, wären sogar der erste mit dem Anfangsbuchstaben J und würden sich zwischen Hans Hürlimann und Karin Keller-Sutter einreihen. Und bisher gab es im Bundesrat weder einen Beat noch einen Jon. Höchste Zeit!

Noch ein Wort zur Zahl 122: Diese zeigt auf, wie es Ihnen im Bundesrat ergehen wird. Während die 1 für Einheit und Anfang steht, bedeutet die 2 Dualität und Fortsetzung. Zu zwei Dritteln werden Sie als Bundesrat im Team entscheiden, zu einem Drittel allein. Von vielem werden Sie schon gehört haben, während anderes Ihnen neu sein wird.

Sie können sich also ziemlich unbelastet ans Werk machen, aber seien Sie trotzdem auf alles gefasst, Nummer 122. Viel Erfolg wünscht

Simon Wälti

Am Wochenende gibt es Post von der Redaktion. In der «BE-Post» schreiben wir an Menschen oder Gegenstände, die uns nerven, inspirieren oder schmunzeln lassen. be-post@tamedia.ch